

Die UN-Generalversammlung verabschiedet eine Resolution zum Frauen- und Mädchenhandel, in der die Staaten aufgefordert werden, die Nachfrage nach dem Kauf sexueller Handlungen zu unterbinden

Die Resolution wurde auf der 77. Plenarsitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 15. Dezember 2022 verabschiedet.

Das Bündnis Nordisches Modell begrüßt die Verabschiedung der **Resolution 77/194 über den Frauen- und Mädchenhandel** durch die Mitgliedstaaten als einen wichtigen Schritt hin zu einem wirksameren Vorgehen gegen den Frauen- und Mädchenhandel.

In der Resolution werden **die Nachfrage und die aus ihr resultierenden Gewinne** eindeutig als Ursache für den Handel mit Frauen und Mädchen identifiziert: **"Der Menschenhandel wird durch die hohen Gewinne der Menschenhändler und die Nachfrage, die alle Formen der Ausbeutung begünstigt, genährt"**.

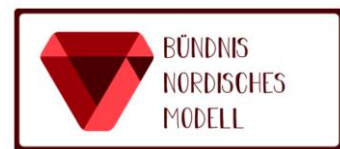
Zu betonen ist, dass sich die Definition der Nachfrage nicht speziell *auf die Nachfrage nach Ausbeutung oder nach Menschenhandel* bezieht, sondern auf **die Nachfrage, die alle Formen der Ausbeutung, einschließlich der sexuellen Ausbeutung, begünstigt**. Mit anderen Worten, **die Nachfrage nach dem Kauf sexueller Handlungen**. Dies entspricht der Definition der Nachfrage im Übereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Ausbeutung der Prostitution anderer, in Artikel 9 Absatz 5 des Palermo-Protokolls und in Artikel 6 des CEDAW-Übereinkommens, auf die sich die Resolution bezieht.

Nachdem die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Ursachen des Frauen- und Mädchenhandels klar benannt hat, fordert sie die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, **um die Nachfrage zu beseitigen** und **die Ausbeuter zu bestrafen**:

Die Generalversammlung fordert die Regierungen auf, **ihre Bemühungen zu verstärken, um der Nachfrage, die den Handel mit Frauen und Mädchen zum Zwecke jeglicher Form der Ausbeutung begünstigt, vorzubeugen und gegen sie vorzugehen, mit dem Ziel sie zu beseitigen**. Zu diesem Zweck sollen Präventivmaßnahmen, **einschließlich gesetzgeberischer und strafrechtlicher Maßnahmen** ergriffen oder verstärkt werden, **um die Ausbeuter von Menschenhandel abzuschrecken** und in die Verantwortung zu nehmen;

Die Resolution betont auch die Bedeutung eines **opferorientierten Ansatzes** bei der Bekämpfung des Menschenhandels und bekräftigt, **dass die Ausbeutung der Prostitution anderer eine Form der sexuellen Ausbeutung ist**: *in Anerkennung der Bedeutung der Umsetzung eines opferorientierten Ansatzes zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen des Menschenhandels zum Zwecke der Ausbeutung, einschließlich der Ausbeutung der Prostitution anderer oder anderer Formen der sexuellen Ausbeutung*.

Schließlich unterstreicht die Resolution **die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels, um der Nachfrage entgegenzuwirken**: *in der Erkenntnis, dass es notwendig ist, gesetzgeberische oder andere Maßnahmen zu ergreifen oder zu verstärken, wie etwa erzieherische, soziale oder kulturelle Maßnahmen, auch durch bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit, um der Nachfrage entgegenzuwirken, die alle Formen der Ausbeutung von Menschen, insbesondere von Frauen und Kindern, die zum Menschenhandel führen, begünstigt*;



Die UN-Organisationen müssen kohärent handeln

Diese von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Resolution ist das Ergebnis einer **Mobilisierung der Staaten**, die Vorreiter im Kampf gegen den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sind. **Sie verdeutlicht den Konsens zwischen den Mitgliedstaaten bzgl. der Notwendigkeit, die Nachfrage, die den Handel mit Frauen und Mädchen begünstigt, zu verringern und zu beseitigen.**

Diese klare Haltung steht in krassem Gegensatz zu den [Positionen](#), die insbesondere UNAIDS in letzter Zeit zum Thema Prostitution eingenommen hat, ungeachtet ihres Mandats und des internationalen Rechts. UNAIDS empfiehlt derzeit die Entkriminalisierung des gesamten Prostitutionssystems und spricht von "Sexarbeit", was den gewalttätigen und ausbeuterischen Charakter der Prostitution verdeckt und darüber hinaus im internationalen Recht weder Basis hat noch die tatsächliche Lebenssituationen der prostituierten Frauen abbildet. Auch UN Women Deutschland spricht in ihrem [Forderungspapier](#) zur Istanbul-Konvention von Sexarbeiterinnen.

Während die Empfehlungen von UNAIDS die Entkriminalisierung des Kaufs sexueller Handlungen und die Ausbeutung der Prostitution anderer beinhalten, fordern die Mitgliedstaaten und die internationalen Menschenrechtsnormen genau das Gegenteil: Indem sie an die Bedeutung des Übereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Ausbeutung der Prostitution anderer erinnern, bekräftigen sie, dass **Prostitution mit der Würde und dem Wert des Menschen unvereinbar ist**. Mit der Verabschiedung dieser Resolution sendet die Generalversammlung eine klare Botschaft: **Die Nachfrage nach dem Kauf sexueller Handlungen muss beseitigt und nicht legalisiert werden.**

Die vollständige Resolution ist [hier](#) zu finden.